

Das Strafrecht macht sich locker

Kaum einer hat bemerkt, wie die Vorschriften der Pandemie verändert wurden / Von Matthias Jahn, Charlotte Schmitt-Leonardy und Fynn Wenglarczyk

Knapp zwei Monate nach den letzten Änderungen ist am 23. Mai das Zweite Covid-19-Bevölkerungsschutzgesetz in Kraft getreten. Bislang auch in juristischen Fachkreisen unbemerkt hat sich damit ein grundlegender Wandel in der „Bekämpfungsstrategie“ des Gesetzgebers vollzogen. Wer seither an einer Versammlung teilgenommen und wegen Verstoßes gegen ein Kontaktverbot eine Anzeige erhalten hat, kann beruhigt sein: Es handelt sich nur noch um einen Strafzettel wie nach dem Falschparken, mit etwas Geld ist die Sache rasch und rückstandslos aus der Welt geschafft. Was den Behörden bleibt, ist die Möglichkeit der Festsetzung eines Bußgeldes von 150 Euro, je nach Bundesland. Das lässt sich einpreisen: Wem es das wert ist, der kann es riskieren, altbekannte Freiheiten neu zu entdecken.

Noch vor wenigen Wochen stand auf Zuwiderhandlungen gegen Versammlungsverbote im Höchstfall Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren. Doch mit Kriminalstrafe sanktioniert werden nun nur noch diejenigen, die gegen Infektionsschutzmaßnahmen verstoßen und dadurch auch tatsächlich Sars-CoV-2 verbreiten.

Was ist mit Anspucken und Anhusten?

Zu Verurteilungen vor dem Strafrichter wird das ebenso wenig führen wie zur Bestrafung wegen Körperverletzungen oder sogar Tötungsdelikten. Dafür bedürfte es nämlich des zweifelsfreien Nachweises der Kausalität zwischen einer Infektionshandlung wie dem Anspucken oder Anhusten unter Verstoß gegen Mund-Nase-Bedeckungspflichten und der Infektion des Verletzten. Doch wie soll das angesichts der Ubiquität der Ansteckungsrisiken gelingen? Ob und wann Virussequenzvergleiche, wie sie heute für die Zuordnung von HIV-Infektionen möglich sein sollen, technisch realisierbar sein werden, bleibt noch abzuwarten.

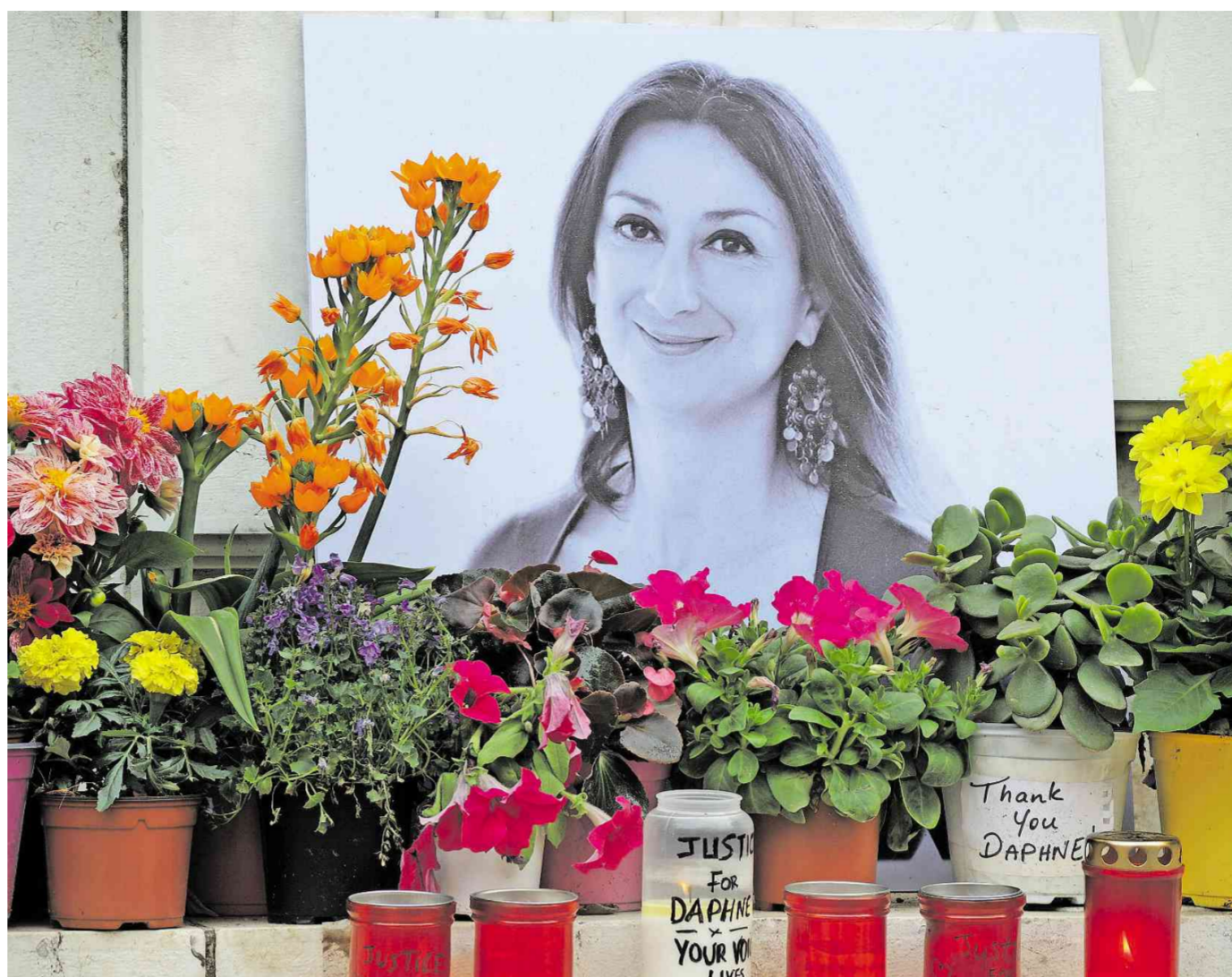
Dieses unauffällige, im politischen Berlin nicht offensiv kommunizierte Zurückziehen invasiver rechtlicher Steuerungsmittel ist bemerkenswert. Es steht im Widerspruch zu der großen gesetzgeberischen Linie der letzten Jahre, Verhaltensweisen weit im Vorfeld tatsächlicher Rechtsgutsverletzungen zu pönalisieren. Ein Staat, der sich in Anbetracht einer globalisierten Wirtschaft mit ihren Selbstregulierungstendenzen und einer kaum einzufangenden Eigendynamik der Digitalisierung zuweilen in die Rolle des Beobachters gedrängt sieht, kompensiert dies mit dem symbolträchtigen Einsatz des Strafrechts zur Verbrechens-„Bekämpfung“, ein militarisiertes Vokabular, das die Gesetze gerne schon im Titel führen. Doch ausgerechnet angesichts der großen Herausforderung an solidarisches Handeln seit dem

Zweiten Weltkrieg, wie es Angela Merkel in ihrer Ansprache Mitte März genannt hat, entscheidet sich hier der Gesetzgeber für leisere Töne. Warum?

Die Bundestagsdrucksache verschweigt sich zu dieser Frage. Vielleicht hat der Gesetzgeber vor Augen, dass Kriminalstrafe stets nur das letzte Mittel staatlicher Machtausübung – die Ultima Ratio – sein kann. Das wäre ein Erfolg einer um Liberalität bemühten Strafrechtswissenschaft. Vielleicht hat der deutsche Gesetzgeber gerade angesichts der Exzesse exekutiver Macht in anderen Ländern verstanden, dass maximal robuste normative Steuerung zur Durchsetzung einer dem gegenseitigen Abstandhalten immanenten Solidarität nicht zielführend ist. Das Ziel der politischen Pandemie-Strategie lag schließlich, um es mit den Worten des Münstener Verfassungsrechtlers Oliver Lepsius zu sagen, in der „Steuerung des Pandemieverlaufs am Maßstab der medizinischen Kapazität“ in der Variante #flattenthecurve. Der Strafgrund des Infektionsschutzgesetzes vor dem 23. Mai war epidemiologisch erklärbar. Auf das abstrakte Infektionsrisiko und nicht die tatsächliche Infektion kam es an. Um Kausalitätsnachweise musste man sich nicht scheren, und das Motiv der Täter lieferte die Krise gleich mit: Einsamkeit.

Womöglich ist dies aber der Beginn eines weiteren staatlichen Tanzes mit „R“, der Reproduktionsrate. Wie die meisten Corona-motivierten staatlichen Maßnahmen dieser Tage könnte auch die Frage, was als strafbares oder als bloß noch ordnungswidriges Verhalten anzusehen ist, entlang der Entwicklung der (Neu-)Infektionskurve beantwortet werden. Dann aber ist auch im Strafrecht weiterhin Vorsicht geboten: Die Geldbuße ist zwar lediglich als Pflichtenmahnung konzipiert, der die „zweckgelöste Majestät“ staatlicher Strafe abgeht. Aber gerade weil Strafe eine ernste Sache ist, kann sie nur im Rahmen eines formalisierten und rechtsstaatlichen Strafverfahrens verhängt werden, das den Betroffenen Beschuldigtenrechte und schützende Formen zur Seite stellt. Das allein ist sicher noch nicht Rechtfertigung dafür, exekutive Krisenbewältigungsstrategien leichtfertig mit Strafe zu flankieren. Es bedeutet jedoch, dass ein Herunterstufen von Verhaltensweisen zu bußgeldbewehrten Ordnungswidrigkeiten nicht bei einem erneuten Anstieg der Neufektionskurve ohne weiteres zu einem erneuten Aufdrehen der Lautstärke in Richtung potentiell freiheitsentziehendem Kriminalstrafrecht führen darf.

Matthias Jahn, im Nebenamt Richter am Oberlandesgericht, Charlotte Schmitt-Leonardy und Fynn Wenglarczyk sind am Institut für Kriminalwissenschaften und Rechtsphilosophie der Goethe-Universität Frankfurt tätig.



Vor dem Justizpalast in La Valetta wird nach wie vor der ermordeten Journalistin Daphne Caruana Galizia gedacht. Foto dpa

Ein Mord für 350 000 Euro?

Der Prozess um das Verbrechen an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia geht weiter. Es gibt eine aufsehenerregende Zeugenaussage.

Von Matthias Rüb, Rom

Im Prozess zur Aufklärung des Mordes an der maltesischen Journalistin Daphne Caruana Galizia gerät der frühere Wirtschaftsminister Chris Cardona immer mehr in den Fokus. Bei der Wiederaufnahme der Gerichtsverhandlung in Valletta nach der mehrwöchigen Pandemie-Unterbrechung sagte Kronzeuge Melvin Theuma am Montagmorgen, Cardona habe den Auftragskillern über einen bisher unbekanntem Mittelsmann 350 000 Euro für die Bluttat zukommen lassen. Cardona, der seinen Kabinettsposten im Rahmen der Regierungskrise vom Januar verlor, wies die Anschuldigung als „Unsinn und Lüge“ zurück. Die wirklichen Hintermänner des Mordes versuchten mit Hilfe des Kronzeugen Theuma, ihre eigene Schuld auf ihn abzuwälzen, teilte Cardona mit.

Der mehrfach vorbestrafte Taxifahrer und Kredithai Melvin Theuma war am 7. November wegen des Verdachts festgenommen worden, im Auftrag ranghoher Regierungsmitglieder für den Auftragsmord an der 53 Jahre alten Investigativjournalistin und Bloggerin im kriminellen Milieu Malts nach potentiellen Tätern Ausschau gehalten zu haben. Über seinen Rechtsvertreter hatte Theuma unmittelbar nach seiner Festnahme wissen lassen, er sei zur Kooperation mit den Ermittlern bereit, wenn ihm eine Begnadigung für seine sämtlichen Straftaten zugesagt werde. Dieses Amnestiegesuch hatte der damalige Premierminister Joseph Muscat befürwortet, Präsident George Vella stimmte der Empfehlung Muscats kurz darauf zu.

Wegen des weiterhin unaufgeklärten Mordes an Caruana Galizia, die am 16. Oktober 2017 bei der Explosion einer Autobombe getötet worden war, trat Muscat im Januar von seinen Ämtern als Ministerpräsident sowie als Vorsitzender der sozialdemokratischen Labour-Partei zurück. Die drei mutmaßlichen Auftragsmörder Alfred und George Degiorgio sowie Vince Muscat, der nicht mit Ministerpräsident Joseph Muscat verwandt ist, waren im Dezember 2017 festgenommen worden. Sie warten seither in Haft auf den Beginn des Hauptverfahrens. Die drei Männer mit einschlägiger Vergangenheit im kriminellen Milieu sollen den Sprengsatz gebaut, am Auto angebracht und ferngezündet haben, kurz nachdem Caruana Galizia das Haus der Familie in Bidnija verlassen hatte.

Muscats Nachfolger Robert Abela als Partei- und Regierungschef entließ im Rahmen seiner Kabinettsumbildung den langjährigen Wirtschaftsminister Cardona. Cardona bekleidet aber bis heute den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden der Labour-Partei. Caruana Galizia hatte in einem Eintrag ihres Blogs „Running Commentary“ behauptet, Cardona habe am Rande eines offiziellen Deutschland-Besuchs im Januar 2017 gemeinsam mit seinem Büroleiter Joseph Gerada ein Bordell in Velbert in Nordrhein-Westfalen aufgesucht. Cardona hatte Caruana Galizia daraufhin wegen Verleumdung angezeigt.

Hauptangeklagter in dem Verfahren wegen des Mordes an der Journalistin ist der prominente Geschäftsmann Yorgen Fenech, der über enge Beziehungen zu zahlreichen Mitgliedern des Kabinetts Muscat verfügt haben soll. Caruana Galizia hatte in ihrem Blog auch ausführlich über die Machenschaften Fenechs berichtet und diesen der Zahlung von Millionensummen an Bestechungsgeld an Kabinettsmitglieder mittels Tarnfirmen in Dubai bezichtigt, um an lukrative Regierungsaufträge zu kommen, beispielsweise zum Bau eines Kraftwerks. Fenech, der im November beim Fluchtversuch mit seiner Luxusyacht nahe Valletta festgenommen wurde, weist den Vorwurf der Verwicklung in den Mordfall Caruana zurück. Er beschuldigt seinerseits den früheren Kabinettschef von Premier Muscat, Keith Schembri, den Mord in Auftrag gegeben zu haben. Das Verfahren zur Aufklärung des Mordes an Malta's wichtigster Investigativjournalistin wird am Montag in Valletta fortgesetzt.

Orbán's blaue Briefe

Ungarn fordert ausländische Medien auf, sich für vermeintliche Fehler zu entschuldigen

Die kritische Berichterstattung über die Corona-Maßnahmen der ungarischen Regierung gefällt Ungarns Botschafter in Wien nicht. Doch auf den ersten Blick gibt sich Andor Nagy gönnerhaft. Er wolle den Redaktionen die „Möglichkeit anbieten, sich wegen der wiederholten Äußerung dieser Behauptungen zu entschuldigen“, schrieb er in einem am vergangenen Samstag veröffentlichten Brief an „etliche Redaktionen in Österreich“. Diese wüssten nicht, was sie tun. Er gebe davon aus, schrieb Nagy weiter, dass die „Missdeutung der Lage Ungarns“ nicht mit Absicht geschehen sei, sondern auf mangelhafter und einseitiger Information basiere, welche die Journalisten gutgläubig aus anderen Quellen erhalten hätten. Damit sind wohl Kritiker der Regierung von Viktor Orbán gemeint.

„Welche Redaktion würde so ein Angebot schon ausschlagen“, spottet der auf das östliche Europa spezialisierte österreichische Journalist Bernhard Odehnal auf Twitter. Er sagt, er habe schon oft erlebt, dass Botschaften einzelne Artikel beanstandeten. Die pauschale Medienschelte und der überhebliche Ton seien aber neu, sagt Odehnal, der für die Zeitungen der Schweizer „TX Group“ schreibt. „Dass ein Botschafter generell allen Medien eines Landes die Möglichkeit anbietet, sich zu entschuldigen, zeigt vor allem eines: die maßlose Selbstüberschätzung des Botschafters.“

Böse Briefe mit der Bitte, sich zu entschuldigen, versendeten ungarische Offizielle nicht nur in Österreich, sondern auch in Finnland. Die finnische Zeitung „Iltä-Sanomat“ berichtete, die ungarische Regierung habe dem an der Universität Turku lehrenden Politikwis-

senschaftler Heino Nyysönen mitgeteilt, es sei „ein guter Zeitpunkt, sich zu entschuldigen“. Nyysönen hatte in einem Interview gesagt, Ungarn beginne mit den Notstandsgesetzen wie eine Diktatur auszusehen. Er hatte die unbestimmte Dauer des Ausnahmezustands kritisiert, dessen Aufhebung Budapest in der vergangenen Woche angekündigt hatte. Der Brief kam finnischen Berichten zufolge direkt von der ungarischen Regierung.

Doch nicht nur Ungarn nimmt ausländische Journalisten ins Visier. In der vergangenen Woche griff Polens Botschaft in Berlin den Korrespondenten der „Süddeutschen Zeitung“ in Warschau, Florian Hassel, an. „Die SZ hat in Warschau einen Korrespondenten, der regelmäßig an der Wahrheit vorbeimarschiert“, schrieb die diplomatische Vertretung undiplomatisch auf Twitter. Stein des Anstoßes war ein Bericht Hassels über die Wahl Małgorzata Manowska zur neuen Präsidentin des Obersten Gerichts Polens. Die Ernennung der als regierungsnah geltenden früheren Staatssekretärin habe „keinerlei Rechtsgrundlage“, zitiert Hassel die früheren polnischen Verfassungsgerichtspräsidenten Andrzej Zoll.

Wie eine genehme Berichterstattung aussehen soll, demonstriert wiederum die ungarische Botschaft in Wien. Sie versendete mit demselben Newsletter, in dem sie von Österreichs Presse die Entschuldigung forderte, einige Links. Einer der angegebenen Verweise führt zu einem Interview, das der Botschafter Nagy der „Wiener Zeitung“ gab. Darin heißt es unter anderem, „in Ungarn“ werde „ein starker Anführer wie Orbán nicht negativ betrachtet“. NIKLAS ZIMMERMANN

Platz ist in der kleinsten Villa

In „Eltern mit Hindernissen“ lernt sich eine Familie noch einmal so richtig kennen

„Homeschooling“ oder „Homeoffice“ zuerst? Oder doch staubsaugen? Wer bislang dachte, dass Kurzarbeit auf digitale Distanz eine gute Gelegenheit sei, mehr Zeit mit dem Nachwuchs zu verbringen, sieht sich nun eines Besseren belehrt. Vater, Mutter, Kind, Arbeit und Erwerbstätigkeit – in Deutschland anscheinend immer noch schwierig ins Gleichgewicht zu bringen. Davon kann bei Katrin Wiedemann (Nicolette Kretzitz) und Philipp Esch (Harry Prinz) keine Rede sein. Sie haben turbulente Zeiten als neue Patchworkfamilie hinter sich, aber jetzt läuft es wie am Schnürchen. Nach „Familie mit Hindernissen“ (2017) und „Traumung mit Hindernissen“ (2018) wuppen sie in „Eltern mit Hindernissen“ in bewährter Slapstick-Komödienmanier die realitätsnahen Herausforderungen des Alltags der gebildeten Mittelschicht ohne häusliche Platzprobleme. Zur Not zieht man sich ins Baumhaus zurück.

Der Verlauf der Geschichte allerdings ist vielfach anschlussfähig. Denn die hochschwängere Katrin, die in wenigen Wochen ihr Einstellungsgespräch zur Schuldirektorin vor einer kritischen Kommission absolvieren soll, hat nach ihrer Sturzgeburt ein „Problem“. Jedenfalls bringt es die Noch-Vorgesetzte der Sportlehrerin so auf den Punkt. Frau Dr. Schulze-Stadler (ironisch markant: Sophie Rois) ist für Frauenförderung, absolut. Und sie findet Katrins Schulkonzept brillant. Das „Problem“ allerdings fordert aus Sicht von Schulze-Stadler sofort eine pragmatische Lösung. Die heißt: Ehemann Philipp, ebenfalls Lehrer, übernimmt den Direktorenposten erst einmal interimistisch. Mit samt Katrins Konzept. Später könne man sehen. Einen heftigen Ehestreit um die Prioritäten später landet „das Problem“ aus Versehen in der Babyklappe eines

Krankenhauses. Weder „Super-Papa“ Philipp, der zur Hausgeburt im Wohnzimmer einen Luxus-Wassergeburtspool aufgestellt hatte und mit Freuden die gesamte Elternzeit übernehmen wollte, noch seine Angetraute, die nach dem Mutterschutz in die Schule zurückzukehren gedachte, können die Jugendamtsmitarbeiterin (Milena Dreißig) abschütteln, die ihnen nun an den Fersen klebt. Dass Eltern ihr kaum Neugeborenes, „das Problem“, mal eben so ablegen, ließe sich auch mit Schlafentzug nicht erklären.

Von jetzt an geht es bei den Wiedemann-Eschs zu wie im Boulevardtheater-Hühnerstall. Dauerklingeln an der Haustür der großen Leipziger Villa. Auftritt links, Abtritt rechts, in den Gassen wartet das Personal auf sein Stichwort. Im Grunde könnte man die Tür gleich offen lassen. Sei umschlungen, erweiterte Familie! Katrins Vater Horst (Peter Prager) quartiert sich auf der Flucht vor seiner sechshenrigen Freundin ein; Katrins elegante Ex-Schwiegermutter Diana (Daniela Ziegler) braucht ein Obdach und zeigt Anzeichen von Altersverwirrung; Katrins Kinder Saskia (Emilie Neumeister) und Leo (Luis Kurecki) benötigen Aufmerksamkeit, und schließlich schneit auch noch der Ex-Lover herein.

Nicht ganz so skurril wie die beiden Vorgängerkonzepte, setzt „Eltern mit Hindernissen“ neben der Situationskomik nett verpackt auf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sophia Krapoth (Buch), Doro Götz (Kamera) und Anna-Katharina Maier (Regie) liegt in diesem Film von Produzentin Ariane Krampe sehr daran, ihre warmherzige, patente Hauptfigur, die Kretzitz mit einer Menge natürlichem Charme und Power verkörpert, nicht als empathieloses Karrierebiest dastehen zu lassen. Die

kurze Frist bis zum Wiedereinstieg schmeckt Katrin gar nicht. Direktorin will sie aus lauter allumfassender Kinderliebe werden, um nicht nur für die eigenen, sondern für möglichst viele Heranwachsende Fairness und Chancengleichheit zu schaffen. In einem überlang geratenen Plädoyer, das inhaltlich freilich einiges für sich hat, stellt Katrin ihre gesamtgesellschaftlichen Teilhabevorstellungen am Ende des Films der Bewertungskommission und den Zuschauern vor. Da applaudiert selbst die Frau vom Jugendamt ausdauernd. Bis zur Auflösung in herzwärmendem Wohlgefallen ist „Eltern mit Hindernissen“ dennoch ein sehenswertes, moderner Mehrgenerationenfilm. HEIKE HUPERTZ

Eltern mit Hindernissen, 20.15 Uhr im Ersten



Anchorman

Von Nina Rehfeld

Don Lemon ringt die Hände, als die Kameras nach den Live-Schalten von den Schaulustigen wieder auf seinen Moderatorentisch gerichtet sind. Er seufzt, macht lange Pausen, spricht dramatisch verlangsamt. Vor der Werbepause blickt er ernst in die Kamera und sagt: „Alle zusammen: Gott helfe den Vereinigten Staaten von Amerika.“ Lemon ist der momentan prominenteste afroamerikanische Anchor im Nachrichtenfernsehen. Bei CNN blickt er auf eine fast fünfzehnjährige Karriere zurück. Jetzt ist er zur emotionalen Schaltstelle der Berichterstattung über die Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt nach dem brutalen Tod des Afroamerikaners George Floyd geworden. Für seine Fans sind Lemons Bekundungen Ausdruck von Authentizität und Mitgefühl. Kritiker bemängeln, dass er sich zu melodramatisch inszeniert – wie zuletzt, als er sich auf die Nachricht von der Coronavirus-Erkrankung seines Kollegen Chris Cuomo hin mit einem Taschentuch die Augen tupfte. Peinliche Interviewfragen wie die an ein Vergewaltigungsopfer, ob sie sich vor dem Oralsex nicht mit einem beherzten Biss hätte retten können, oder überzogene Auftritte wie der bei den Protesten von Ferguson vor sechs Jahren, wo sich Lemon in einer Tränengaswolke die Schutzmaske vom Gesicht zog und in Gehüste ausbrach, sind zu seinem Markenzeichen geworden. Aber mit den Protesten gegen den Tod von George Floyd und den institutionalisierten Rassismus in Amerika ist Lemon zu einer Schlüsselfigur geworden – ein afroamerikanischer Journalist, der genauer als alle anderen den Finger in die Wunde legt. Lemon erkennt diesen Moment. Kürzlich adressierte er in seiner Sendung voller Empörung afroamerikanische Prominente: „Wo seid ihr? Warum kämpft ihr nicht für diese jungen Menschen?“ Er habe zahllose Freunde und Bekannte aufgefordert, sich in seiner Sendung zu äußern, „reiche Promis, vermögende Politiker“. Er unterstellte ihnen, sie wollten „ihre Marken schützen“, drohte, sie beim Namen zu nennen, und tat das auch – Oprah, Jay-Z, Drake, Diddy, Kim Kardashian, Tyler Perry. „Tretet vor, black Hollywood!“ „Dies sind Menschen, die keine andere Wahl sehen“, sagte Lemon zu Bildern von Plünderungen in Los Angeles. „Wenn man nichts mehr zu verlieren hat, hat man nichts mehr zu verlieren.“ Viele Afroamerikaner, die in den vergangenen Tagen im Nachrichtenfernsehen zu Wort kamen, wiesen darauf hin, dass der Vandalismus und die Plünderungen am Rande friedlicher Demonstrationen, sosehr man diese verurteilen müsse, auch als Schmerzensschreier zu verstehen sei, die in Angst und Armut und Chancenlosigkeit lebten, und deren Proteste wieder und wieder ungehört geblieben seien. Die Interviewten sind Kronzeugen der Einschätzung, dass Amerika von institutionalisiertem Rassismus durchwirkt ist – eine unbequeme Wahrheit, die man als weißer Amerikaner gern ignoriert.

Kurze Meldungen

Klassische Medien

Kein Dramatisieren, sondern breit aufgestellte und differenzierte Berichterstattung: Dies bescheinigt eine Studie der Universität Münster den klassischen Medien in Deutschland für die ersten drei Monate der Corona-Krise. Für die Studie wurden 100 000 Beiträge von 78 Medien ausgewertet, die von Januar bis Ende März bei Facebook erschienen. Rund 18 000 der Beiträge beschäftigten sich mit Covid-19. F.A.Z.

